

Ausländerfeindlichkeit, Gewalt und berufliche Bildung

Hermann Schmidt

Warum befaßt sich eine Zeitschrift wie die „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ mit Fragen der Ausländerfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und Gewalt unter Jugendlichen?

Die in den vergangenen Jahren in Deutschland ständig zunehmenden Gewalttaten, die Jugendliche gegenüber schwächeren Menschen verüben, Anschläge gegen Ausländer, Raub und Vergewaltigungen in Schulen stellen auch die berufliche Bildung vor eine ernste und fortdauernde Herausforderung. Die Berufsbildung ist nicht nur fachliche Aus- und Weiterbildung, sondern Persönlichkeitsbildung durch Erziehung. Berufliche Qualifizierung schafft Voraussetzungen zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen. Die Ausbildung zum Beruf soll auch Erziehung zum demokratischen, kritischen und selbständigen Bürger sein.

Konkrete Herausforderungen zeigen sich auf drei Ebenen:

In der *Praxis der beruflichen Aus- und Weiterbildung* sehen sich Ausbilder/innen und Berufsschullehrer/innen immer wieder vor die Aufgabe gestellt, zu aktuellen rechtsextremistischen oder ausländerfeindlichen Ereignissen Stellung zu nehmen und in konkreten Konflikten zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden lehrreiche Lösungen zu finden. Nicht selten sind Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie praktische Hilfen für ganze Belegschaften erforderlich, wenn Ausländerfeindlichkeit, aber auch Rücksichtslosigkeit gegenüber Behinderten den Betriebsfrieden stören.

Der *Berufsbildungsforschung* stellt sich die Aufgabe, nach den Ursachen von Ausländerfeindlichkeit und Gewalttätigkeit unter Jugendlichen zu suchen, sie zu analysieren und gemeinsam mit der Berufsbildungspraxis Lösungsansätze zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Rahmen der Aus- und Weiterbildung zu entwickeln.

Das *Bundesinstitut für Berufsbildung* leistet seinen Beitrag zu dieser Forschung z. B. durch Analysen über die Berufsbildungs- und Lebenssituation von ausländischen Jugendlichen wie auch über Einstellungen und Werthaltungen von deutschen Auszubildenden; außerdem führt das BIBB Forschungsprojekte und Modellversuche durch, mit denen berufliche Bildungsmaßnahmen ausländischer Jugendlicher und junger Erwachsener gefördert werden, und es entwickelt und erprobt entsprechende Materialien zur Qualifizierung des Bildungspersonals. Als Ausbildungseinrichtung achtet das Bundesinstitut darauf, daß unter den jährlich neu eingestellten 10 bis 15 Auszubildenden sich immer zwei bis drei ausländische Jugendliche befinden.

Die Thematisierung stärker berufspädagogisch und historisch orientierter Fragestellungen über die Herausforderung der beruflichen Bildung durch Rassismus und Gewalt findet dagegen stärkere Beachtung in der *universitären Berufsbildungsforschung*. Analysen über die gesellschaftlichen und historischen Ursachen rassistischer Auffassungen gehören ebenso hierzu wie Studien darüber, welche Rolle die berufliche Bildung und ihre Institutionen generell während des Nationalsozialismus gespielt haben.

Berufsbildungspolitik besteht zwischen allen Beteiligten Einvernehmen darüber, daß es im Kampf gegen Rassismus und Gewalt unter Jugendlichen vor allem darauf ankommt, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zu sichern und Maßnahmen zur beruflichen Förderung und Integration sowohl von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten als auch von ausländischen Jugendlichen zu intensivieren. Ebenfalls gehören dazu die Entwicklung und Verstärkung von Maßnahmen und Programmen zur Erlernung von Fremdsprachen sowie eine beträchtliche Steigerung des Austauschs von Auszubildenden mit Nachbarländern im Rahmen der Europäischen Union und in der wachsenden Zusammenarbeit mit

den Nachbarn in Mittel- und Osteuropa. Eindeutige politische Verurteilung und strafrechtliche Verfolgung jeder Form von Gewalt gegen Schwächere, Andersdenkende und Ausländer sowie die Verfemung jeglicher rassistischer Äußerungen und Propaganda unterstützen die erzieherischen Bemühungen von Betrieben und Berufsschulen zum freundschaftlichen Umgang untereinander. In diesem Heft sind mehrere Beiträge

dem Thema Ausländerfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus unter Jugendlichen gewidmet. Wir möchten damit deutlich machen, welcher mächtiger Verbündeter der verantwortlich wahrgenommene erzieherische Auftrag in der beruflichen Bildung gegen diese gefährlichen Entwicklungen im Jugendverhalten für die politische Bildung sein kann.

Redaktionelle Vorbemerkung

Die Beiträge des BWP-Schwerpunktthemas „Ausländerfeindlichkeit, Gewalt und berufliche Bildung“ befassen sich im einzelnen mit folgenden Fragestellungen:

Ute Büchele/Claudia Munz beschreiben im ersten Teil ihres Beitrages die Gewaltorientierung bei Jugendlichen und zeigen subjektive Bewältigungsstrategien auf. Im Hauptteil des im Rahmen eines BIBB-Modellversuchs aus der Perspektive der wissenschaftlichen Begleitforschung entstandenen Beitrages gehen die Autorinnen sowohl auf betriebliche als auch berufsschulische „Entwicklungshilfen“ für die Ausbildung der Jugendlichen ein.

Eine ausführliche Darstellung der zentralen Annahmen und der Konzeption dieses BIBB-Modellversuchs gibt *Claudia Munz* – ebenfalls aus der Perspektive der wissenschaftlichen Begleitforschung. Ziel des Modellversuchs ist es, die persönlichkeitsstabilisierenden Potentiale durch eine entsprechend gestaltete Ausbildung zu nutzen, um die Gewaltneigung zu reduzieren und alternative Verhaltensweisen zu fördern.

Mit der Bildungs- und Lebenssituation junger Ausländer in den „alten“ Bundesländern befaßt sich *Mona Granato*. Auf der Datenbasis einer BIBB-Repräsentativerhebung werden Bildungsverhalten, schulische und berufliche Bildung wie auch Fragen der Familien- und Wohnsituation, der Freizeitgestaltung, der Lebensplanung und der Befindlichkeit junger Ausländer erörtert. Es wird ausführlich berichtet, wie Jugendliche ausländischer Herkunft Ausländerfeindlichkeit und Gewalt erleben und wie sich dies auf ihre berufliche Situation und Integration auswirkt.

Die Lebenslage und Ausbildungssituation von Jugendlichen in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten ist Gegenstand einer Langzeitstudie des Bundesinstitutes. In dem Projekt wird danach gefragt, wie sich neben der konkreten Berufswahl, der Aufnahme einer Ausbildung und dem Berufsverlauf unter anderem auch die Normen und Wertvorstellungen der Jugendlichen in einer Phase des Umbruchs darstellen und entwickeln. In ihrem Beitrag berichtet *Vera Meissner* über ausgewählte Ergebnisse der ersten Befragung von 1993 auch zu Fragen der Gewaltbereitschaft und zu ausländerfeindlichen Einstellungen.

Aus der Sicht der gewerkschaftlichen Arbeit in der beruflichen Bildung beschreibt *S. Oliver Lübke* die Herausforderungen an die Entwicklungsträger in der beruflichen Bildung. Er zeigt generelle Möglichkeiten zur Verständigung zwischen ausländischen und deutschen Auszubildenden auf und beschreibt eine Reihe konkreter gewerkschaftlicher Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt.

Gerhard Bartel befaßt sich in seinem Beitrag aus der Sicht der Unternehmen mit dem Anliegen der Berufsausbildung in der Metall- und Elektroindustrie, einen Beitrag zum friedlichen Zusammenarbeiten, Zusammenleben und Zusammenlernen mit Ausländern zu leisten. Die Beweggründe zur Entwicklung einer gemeinsam vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der IG Metall herausgegebenen Handreichung für Ausbilder werden dargestellt und der didaktische und inhaltliche Aufbau des Leitfadens ausführlich beschrieben.